Uta C. Schmidt

Zur „Frühgeschichte" der Gender Studies in NRW. Die Anfänge des Netzwerks Frauenforschung

Die Geschichte der Gender Studies wird schnell in folgendem Modell zusammengefasst: Von der Frauenforschung ausgehend entwickelte sich die Geschlechterforschung aus der Kritik heraus, eine Frauenforschung könne die *Beziehungen* zwischen und innerhalb der Geschlechter nicht in den Blick bringen. Die Gender Studies überwanden und überwinden wiederum die Begrenztheiten der Geschlechterforschung, indem sie nun die Mechanismen kultureller Erzeugung von heteronormativen Bedeutungen, Klassifikationen und Beziehungen fokussieren.

In dieser Genealogie erzeugen wir eine zeitliche Abfolge, um uns jeweils darin einordnen zu können. Sie enthält einen Fortschrittsimpetus, denn das akademische Feld, auf das sie sich bezieht, ist danach strukturiert: Es ist angelegt, stets Neues zu produzieren, sich durch Erkenntnisfortschritt zu legitimieren und durch Innovation zu positionieren. Die zeitliche Abfolge erhält eine Linearität durch die Operation des Erzählens selbst, die in einer bestimmten Art und Weise Kontingenz in Kontinuität überführt, um Orientierung zu ermöglichen. Ambivalenz wird so zu Stringenz.

Ein wissenschaftsgeschichtlicher Blick auf die Frühzeit der Frauenforschung in Nordrhein-Westfalen soll zeigen, wie sich strategisch über die inhaltliche Frage nach „Frauen" das Forschungsfeld in den 1980er Jahren überhaupt akademisch implementieren ließ. Der Begriff „Frau" – allgegenwärtig in damals zeitgenössischen gesellschaftlichen Debatten um die demokratische Entwicklung der Bundesrepublik – bedrängte die Grundfesten universitären Selbstverständnisses. Angesichts der nicht zu leugnenden Unterrepräsentanz von Frauen als Wissenschaftlerinnen an Hochschulen und angesichts fehlender Erfahrungen von „Frauen" in einer sich universal reorganisierenden Wissenschaft nach dem Nationalsozialismus provozierte der Begriff „Frau" so nachhaltig, dass allein seine Anrufung schon die Freiheit der Wissenschaft insgesamt und die Hochschulautonomie im Besonderen zu bedrohen schien.[1]

Das von der Wissenschaftspolitik in dieser Situation aufgelegte Programm „Frauenforschung" bot einen Erfolg versprechenden Weg, die Wissenschaften durch bisher unbearbeitete Forschungsthemen zu modernisieren, auch wenn die darin Forschenden – vorwiegend Frauen – inspiriert durch viele Frauenbewegungen bereits seit den 1970er Jahren theoretisch das Verhältnis zwischen den Geschlechtern exponierten und sich empirisch nicht allein auf die Erforschung von „Frauen" festlegen lassen wollten.

In dieser Perspektive verfehlt die narrative Fortschrittsverheißung „Von der Frauenforschung über die Geschlechterforschung hin zu Gender Studies", die einen Anfangszustand in einen Endzustand mit noch offenem Horizont transformiert. Stattdessen müssten wir Erzählanordnungen ausprobieren und kultivieren, die in der Lage sind, immer wieder neue Beziehungen herzustellen, sowie zwischen den jeweils zeittypischen Erfahrungen und Beobachtungen im wissenschaftlichen wie gesellschaftlichen Feld theoretische Schlüsse und empirische Befunde vermitteln.

Zugespitzt lautet meine These: Die lineare Erzählanordnung in einem Stufenmodell dient dazu, Konflikte und Kämpfe zu homogenisieren, die spätestens seit Ende der 1980er Jahre in der Diskursgemeinschaft manifest wurden, als die Hochschulen zunehmend zu Orten wurden, an denen sich auch Wissenschaftlerinnen begegneten. Diese begannen, „Territorien" im wissenschaftlichen Feld abzustecken, Geltung und Grenzen zu beanspruchen, Stile und Kategorien auszubilden, Wissen und Wahrheit zu kanonisieren, Karriere und Kapital zu sichern. Indem die lineare Erzählanordnung der Logik des akademi-

GeStiK – Gender Studies in Köln – Universität zu Köln

Gender Studies in Köln

Das neue, interfakultative Zentrum an der Universität zu Köln hat durch die Konferenz „Immer BeweGender. Transformationen (in) der Geschlechterforschung" am 22./23.06.2012 seine offizielle Gründung gefeiert. Mit dem Zentrum werden zwei konkrete Anliegen verfolgt: Zum einen sollen die vielfältigen Perspektiven der Geschlechterforschung an der Universität zu Köln zusammen und in Austausch miteinander gebracht sowie als Wissenskultur (Wissenschaftskultur) der Hochschule öffentlich sichtbar werden. Zum anderen sollte die Gründungskonferenz als Aktivität des zu gründenden fakultätsübergreifenden Zentrums für Gender Studies einen öffentlichen Raum zur Vernetzung bieten, der AkteurInnen in Köln einbezieht, eine Stadt, die gerade im Bereich der Frauen-, Geschlechter- und Queer-Forschung ein geschichtsträchtiger Ort ist. Durch die Vernetzung und Profilierung der Gender Studies in Köln will das Zentrum zukünftig zudem eine Plattform internationaler Kooperationsmöglichkeiten bieten.

Mitglieder
Prof. Dr. Susanne Völker
Geschäftsführende Direktorin
Dr. Dirk Schulz
Geschäftsführung
Tina Bernischke
Manuel Weuffen

Veranstaltungen (Sommersemester 2013)
- Ringvorlesung „PanoRahmen: Gender Studies in Köln"
- Übung „Natürlich Nicht. Einführung in Gender und Queer Studies"
- Seminar „Geschlecht, Organisation und Technik"

Anschrift
GeStiK – Gender Studies in Köln
Universität zu Köln
Richard-Strauss-Straße 2
50931 Köln
gender-studies@uni-koeln.de
www.gestik.uni-koeln.de

schen Feldes mit dessen Fortschrittsimpetus folgt, ist sie Form und Inhalt jenes Prozesses, den wir „Akademisierung" nennen.[2]
Für die aktuellen Diskussionen um die „Dynamiken und das Zusammenspiel zwischen Erkenntnis, Wissen und Intervention"[3] von Gender Studies in wissenschaftlichen wie außerwissenschaftlichen Feldern möchte ich eine systematische Hinwendung zu historischen Erkenntnisqualitäten und Deutungsweisen anregen, denn: „Wenn zu manchen Zeiten einige methodische Vorgehensweisen und einige Begrifflichkeiten eine große Chance haben akzeptiert zu werden, heißt das nicht, dass sie mittels ihrer gewonnenen Ergebnisse ‚sicherer' sind, sondern nur, dass in diesen Zeiten ein Konsens darüber besteht, auf diese Weise formulierte Erkenntnisse zu akzeptieren."[4] Es gilt, die sozialen Bedingungen dieser Übereinkünfte herauszufinden.
Ziel dieses Beitrages ist es

- eine Sensibilisierung für die Unterschiedlichkeit von politischen, strategischen, akademischen, inhaltlichen und theoretischen Interessen im forschenden Zugang auf Geschlechterordnungen und symbolische Produktionen anzuregen und

- den Gender Studies historische Erkenntnisqualitäten und Deutungsweisen für die Erkenntnisgewinnung, aber auch für die Reflexion der eigenen Disziplinarität anzuempfehlen.

Bei meinen wissenschaftsgeschichtlichen Studien im Land Nordrhein-Westfalen[5] interviewte ich die Soziologie-Professorin Ursula Müller, langjährige Direktorin des Interdisziplinären Zentrums für Frauen- und (seit 1990) für Frauen- und Geschlechterforschung in Bielefeld, der ersten Gender Studies-Einrichtung in NRW.[6] Eher beiläufig, aber nuancierend betonte sie, „(…) wenn wir überhaupt jemals Frauenforschung betrieben haben".[7] 1985 hatte Ursula Müller zusammen mit Sigrid Metz-Göckel im Auftrag der Zeitschrift BRIGITTE die repräsentative Studie „Der Mann" publiziert, für die sie mehr als 1.000 Männer zwischen 20 und 50 Jahren in den Blick nahmen.[8] Sie aktualisierten mit dieser Untersuchung die von Helge Pross in den 1970er Jahren durchgeführte repräsentative Analyse über die Selbstbilder von Männern und deren Bilder von der Frau, die zu einer Zeit erschienen war, als die „neue Frauenbewegung" gerade begann, ihre Position zu finden und ihre Forderungen zu stellen.[9] Ursula Müller hatte also allen Grund, eine eindeutige Verknüpfung von Zeitfenster und Forschungsfeld in einer linearen „Weiterentwicklung" von der Frauen- zur Geschlechterforschung in Frage zu stellen.
Einmal aufmerksam gemacht belegen zahlreiche Publikationen, dass auch schon vor 1980 in der alten Bundesrepublik intensiv in einem internationalen Austausch über Geschlechterverhältnisse als Ordnungen von Gesellschaft sowie über „Geschlecht" als Strukturkategorie von Wissen und Wahrheit diskutiert wurde.[10]
Im Jahre 1976 erschien in einem Sammelband zur Sozialgeschichte der Familie in der Neuzeit ein Artikel von Karin Hausen: „Die Polarisierung der ‚Geschlechtscharaktere'. Eine Spiegelung der Dissoziation von Erwerbs- und Familienleben"[11]. Sie zeichnete darin nach, wie und warum die Kontrastierung der Geschlechtscharaktere im letzten Drittel des 18. Jahrhunderts eine spezifisch neue Qualität gewann, und legte die Mechanismen kultureller Erzeugung von heteronormativen Bedeutungen, Klassifikationen und Beziehungen im Kontext gesellschaftlicher Wandlungs- sowie Machtprozesse frei.
Marielouise Janssen-Jurreit hatte in ihrem ebenfalls 1976 erschienenen Buch „Sexismus. Über die Abtreibung der Frauenfrage" bereits eine gründliche, an Geschlecht als Kategorie orien-

tierte Dekonstruktion von Wissen, Wahrheit und Wissenschaft als feministischem Prinzip ausprobiert. An der Disziplin Geschichtswissenschaft zeigte sie auf, wie der Mann als Verallgemeinerungsmaßstab des Menschlichen im Mittelpunkt der wissenschaftlichen Wissenskonfigurationen stand. Diese waren mithin nichts anderes als eine interessengeleitete willkürliche Perspektive auf Geschichte und Gegenwart: „Die Geschichtslosigkeit der Frau wird durch die Geschichtsschreibung hergestellt."[12] Die Philosophin Herta Nagl-Docekal nannte diese Art von Wissenschaft einmal eine „erschlichene", „weil genau genommen nur von Männern die Rede ist".[13]

Und: 1976, auf der 1. Berliner Sommeruniversität für Frauen in Berlin, hatten Gisela Bock und Barbara Duden mit ihrem Vortrag über die geschlechtsspezifischen Organisations- und gesellschaftlichen Wertungsformen von „Arbeit" ins Herz des Kapitalismus getroffen.[14]

Bereits Mitte der 1970er Jahre – die Beispiele ließen sich um weitere ergänzen – existierte in der Bundesrepublik eine Vielstimmigkeit in erkenntnistheoretischer Hinsicht, die sich für vielfältige Beziehungen zwischen und innerhalb der Geschlechter ebenso interessierte wie für den Geschlechterbezug in wissenschaftlicher Erkenntnis. Sie nahm auch naturalisierende und vereinheitlichende Konzepte von Geschlecht als Ausgangspunkt eines feministischen Wissensprojekts in den Blick. Diskursgemeinschaften debattierten kontrovers die Reichweiten unterschiedlicher Konzepte: Hier konnte sich eine Frauenforschung nicht richtig auf die Diversität in den Lebensrealitäten von Frauen einlassen, weil sie differenztheoretisch von einer spezifischen Frauenerfahrungs- und Handlungsweise ausging; dort geriet einer Geschlechterforschung bei ihrer intersektionalen Verortung von Verhältnissen innerhalb und zwischen den Geschlechtern das übergreifende Phänomen der Ausgrenzung, Abwertung und Diskriminierung von Frauen, kurz: die Machtfrage aus dem Fokus. Und solange geschlechtsspezifische Fragestellungen nur in Bezug auf Frauen wissenschaftlich und politisch verfolgt wurden, blieben diese „unausweichlich ein Sonderproblem", während der Bereich der Männer weiterhin mit dem Allgemeinen der Gesellschaft identifiziert und bewertet blieb,[15] so argumentierten diejenigen, die Wissenschaftskritik als feministische Praxis fassten.

Nicht, dass es diese Pole in der Debatte gab, ist das Problem, sondern die „Unbedingtheit", mit der sie vielfach ihre Geltung beanspruchten und sich in Traditionsbildung eingeschrieben haben. Gewinne an wissenschaftlicher Differenzierung speisen sich im akademischen Feld vielfach aus inhaltlichen Kontroversen und Diskussionen. Dass jedoch in den Gesellschafts- und Kulturwissenschaften heute Frauenforschung entkontextualisierend mit „Unzulänglichkeit" identifiziert wird, ist – so meine These – ein Effekt der Institutionalisierung, in deren Verlauf das Label „Geschlechterforschung" deshalb Terrain gewinnen konnte, weil es den Bezug zum feministischen Projekt – Forschung mit Blick auf die Befreiung der Frauen zu sein – unter strategischen Interessen verdeckte und sich so konfliktfreier in akademische Verteilungskämpfe einfädeln ließ.[16] Es gewann an Deutungshoheit zu einer Zeit, als aus Frauenförderung Gleichstellungsförderung wurde.

Die Dynamik der Institutionalisierung folgte – dies lässt sich am Beispiel der nordrhein-westfälischen Wissenschaftspolitik zeigen – weniger wissenschaftsimmanenten Argumenten, sondern politischen Rahmensetzungen. Die Wissenschaftspolitik des Landes Nordrhein-Westfalen reagierte auf gesellschaftliche Konflikte und auf den Druck von Frauenbewegungen, die auch vor den heiligen Hallen der Hochschulen nicht mehr haltmachten. Der hochschulpolitischen Frauenbewegung war ein erster Erfolg beschieden, als sich in den Leitkonzepten wissenschaftspolitischen Handelns festsetzte, dass das von den Wissenschaften generierte Wissen über die Ordnung der Gesellschaft nicht mehr ausreichte, um die gesellschaftlichen Konflikte, Widersprüche und Anforderungen zu erklären, zu bearbeiten sowie Wandel zukunftsfähig zu perspektivieren.

Wir haben es uns angewöhnt, die neue Frauenbewegung in Westdeutschland „um 1968" mit der Phase der Bewusstwerdung und Artikulation beginnen zu lassen.[17] Ich möchte an dieser Stelle eine Traditionslinie ziehen zu Debattenverläufen, die in der bundesrepublikanischen Öffentlichkeit seit 1945 die geschlechtsspezifische Arbeitsordnung und die Rolle der Frauen in der Gesellschaft immer wieder bearbeiteten: Die Aufnahme des Gleichheitsgrundsatzes Artikel 3.2. in das Grundgesetz erfolgte erst nach massivem Druck eines landesweiten Frauenprotestes, der über die Sozialdemokratin Elisabeth Selbert gesetzesgestaltend in den Parlamentarischen Rat hineingetragen wurde.[18] Der in einigen westdeutschen und allen ostdeutschen Ländern 1947/48 eingeführte Hausarbeitstag stand mit zunehmender „Normalisierung" der Lebensverhältnisse ab den 1950er Jahren immer wieder zur Disposition, er diente als willkommener Aufhänger, Rollenverteilungen, Familienbilder sowie die soziale Platzierung von Frauen und Männern im Arbeitsleben zu verhandeln.[19] In der Zeit zwischen 1950 und 1960 speiste der tiefgreifende Umbruch in der Struktur weiblicher Erwerbsarbeit den medienwirksam inszenierten Skandal von den „Schlüsselkindern",

einer ganzen Generation sich selbst überlassener Kinder ohne mütterliche Zuneigung – auch hier ging es zentral um die Verhandlung der Geschlechterordnung als Gesellschaftsordnung vor dem Hintergrund deutsch-deutscher Systemkonkurrenz.[20] 1964 richtete der Bundestag auf Antrag der SPD-Fraktion eine überparteiliche Enquete-Kommission ein, die einen 641 Seiten starken Bericht mit umfangreichem Statistikteil über die Situation der „Frauen" in Beruf, Familie und Gesellschaft vorlegte.[21] Im Januar 1967 befasste sich der Bundestag in seiner 87. Sitzung mit dem Bericht, der im ganzen Land unendlich viel Anerkennung und Kritik auslöste – vor allem bei den Gewerkschaften, die das dort inhaltlich exponierte Frauenbild sowie dessen empirische Legitimierung förmlich auseinanderpflückten.[22] Im Jahre 1975 richtete der Bundestag als direkte Reaktion auf die massiven öffentlichen Proteste von Frauen und Männern für eine Abschaffung des § 218 auf Antrag der CDU/CSU-Regierung eine weitere Enquete-Kommission „Frau und Gesellschaft" ein.[23] Die Materie erwies sich auch zehn Jahre später noch als so kompliziert und politisch kontrovers, dass bis zum Ende der Legislaturperiode nur ein Zwischenbericht vorgelegt werden konnte, der „vier Bereiche der Benachteiligung" analysierte: Diskriminierung im Beruf, in der Bildung, im System der sozialen Sicherung und in der politischen Repräsentation.[24] Im Mai 1977 beschloss der Bundestag deshalb, auch in der 8. Legislaturperiode eine Enquete-Kommission „Frau und Gesellschaft" einzurichten.[25]

Die evangelische Kirche stand seit Mitte der 1960er Jahre unter starkem Druck kirchlicher Frauenbewegung, Frauen als Pfarrerinnen zuzulassen, nachdem es ihr gelungen war, sie nach 1945 wieder aus dem kriegsbedingt feminisierten Pfarramt zu verdrängen.[26] Das Zweite Vatikanische Konzil (1962–1965) mit seiner erklärten Öffnung der Kirche hin zur modernen Welt, gestützt durch die Positionen Papst Johannes XXIII. zur Frauenfrage, stärkte innerkirchlich die katholische Frauenbewegung. So hatten in Vorbereitung des Konzils erstmals Frauen in offizieller Form die Frage nach der Frauenordination gestellt und dazu eine Eingabe bei der vorbereitenden Kommission des Konzils eingereicht.[27] Milieugebundene und -ungebundene Frauen hatten zudem massenhaft an Protesten gegen die atomare Bewaffnung und die Notstandsgesetze teilgenommen, hatten dort ihre moderne Ausgrenzung aus der Politik überwunden und waren öffentlich geworden.

Kurzum: Als sich um 1966 kleine Gruppen junger Frauen in der StudentInnenbewegung bildeten, um über Frauenprobleme zu sprechen, die sich dann ab 1967 lautstark zu Wort meldeten, waren diese Bewusstwerdung und Artikulation eingebettet in langjährige öffentliche Diskurse über Frauen. Sie wurden gespeist von Schichten einander überlagernder kollektiver wie individueller Erfahrungen, von Ungleichzeitigkeiten und Rückschlägen. Als ab Mitte der 1960er Jahre der § 218 im Strafrecht so wie in anderen europäischen Ländern und vor allem als Reaktion auf die DDR eine Neufassung verlangte, mussten Frauen und Männer quer durch die Gesellschaft mit ansehen, dass männliche Politiker, Ärzte, Juristen, Kirchenmänner als Fachleute darüber debattierten, ohne betroffene Frauen einzubeziehen.[28] Diese Erfahrung der Ohnmacht und des Ausschlusses trug immens dazu bei, dass es ab 1970 zu der heute in Erzählungen, Bildern und Filmen immer wieder präsent gehaltenen Mobilisierung, zur sogenannten Neuen Frauenbewegung kommen konnte.

„Frau" erwies sich in der Bundesrepublik der 1970er Jahre als höchst präsenter umkämpfter Diskurs, der Herrschaftsverhältnisse, Wahrnehmungs- und Aktionsschemata verdichtete. Er war aufgeladen mit individuellen beziehungsreichen Erfahrungen, gesellschaftlichen Erwartungen, mit Ideologie und Propaganda. Zeitgenossinnen wie Zeitgenossen spürten gleichermaßen die gesellschaftliche Sprengkraft, die ihm innewohnte: Das Verhältnis von „Frau und Gesellschaft" wurde zum permanenten politischen Diskurs, dem man sich kaum entziehen konnte.

In dieser gesellschaftlichen Disposition eröffnete sich über das Label „Frauenforschung" eine Möglichkeit, das mit den Enquete-Berichten offenkundig gewordene Nicht-Wissen über Lebensverhältnisse von Frauen in der Gesellschaft zu bearbeiten und Handlungsanweisungen für eine geschlechtergerechtere Politik zu entwickeln. „Frauenforschung" vermochte, in vielen gesellschaftlichen Bereichen Konsens herzustellen, die auf diese Weise formulierten Erkenntnisse auch zu rezipieren und zu akzeptieren.[29]

„Frauenforschung" schien aber auch ein sinnvolles inhaltliches Konzept für eine Generation junger Frauen an Hochschulen und Universitäten. Diese begannen, die gesellschaftlichen Widersprüche und Ambivalenzen, in die sie sich verstrickt sahen, in die Hochschulen hineinzutragen und mit ihrem angeeigneten wissenschaftlichen Handwerkszeug zu befragen. Sie suchten, ihre wissenschaftliche Professionalisierung mit frauenpolitischem Engagement zu verbinden, und merkten bald, dass das Instrumentarium und die Inhalte, die ihnen vermittelt worden waren, für die Bearbeitung ihrer brennenden Fragen unzulänglich waren.

Damit sind wir auf das akademische Feld zurückgekehrt, auf dem sich die Frauenforschung zu formieren begann. Frauen hatten überproportio-

nal von der Bildungsexpansion seit den 1960er Jahren profitiert, doch war diese positive Auswirkung der Bildungsreform eine „nicht kalkulierte und nicht beabsichtigte Folgeerscheinung der Reform".[30] Nun, da immer mehr Frauen die Institution Hochschule als Arbeitsfeld für sich entdeckten und Wissenschaft als Beruf wählen wollten, mussten sie schmerzhaft feststellen, dass sie dort nicht vorgesehen waren, allenfalls als Studentinnen, Zuarbeiterinnen, Sekretärinnen und Reinigungspersonal. Dort, wo es um Macht, Einfluss, sicheres Einkommen und wissenschaftliches Prestige ging, blieben ihnen die Hochschulen verschlossen. Die Fremdheit, die Entmutigung, die sie dort umgab und die sie zunächst als individuelles Problem mit sich herumtrugen, entpuppte sich im gegenseitigen Austausch als verallgemeinerbar, als Struktureigenschaft einer durch und durch androzentrischen Institution.

Das war vor allem in der Hochschullandschaft Nordrhein-Westfalens überraschend, die sich durch zahlreiche Neugründungen und Reformambitionen auszeichnete. Doch bei der Wiedereröffnung der Universitäten 1945/46 stand es von Anfang an außer Frage, die Präsenz von Frauen nach dem überproportionalen Anstieg während der Kriegszeit wieder drastisch zugunsten der Männer zu korrigieren. Dazu wurden in der neu gegründeten Bundesrepublik alle Argumente in Stellung gebracht, die während des Kampfes um das „Frauenstudium" an deutschen Universitäten seit Mitte des 19. Jahrhunderts formuliert worden waren.[31] Die Universitäten konnten ohne größere Konflikte als Männerdomäne kulturell wieder restituiert werden.[32] Ihre frauenfeindliche Hochschulkultur hatte eine lange Tradition, verstärkt durch einen mitunter aggressiven Antifeminismus gegenüber Akademikerinnen und den Glauben an eine spezifische Bestimmung der Frau. Wissenschaftlerinnen beschrieben anschaulich diese mentale Disposition: „Man traut Frauen weniger abstrakte intellektuelle Leistungen zu", „(…) man rechnet damit, dass sie [die Frau, ucs] ja doch nicht langfristig wissenschaftlich tätig sein wird (…)" oder: „Die Eignung von Frauen für wissenschaftliche Arbeit erscheint immer noch fraglich. Man registriert höchstens erstaunt, dass sie es doch recht gut macht."[33]

Die Soziologin Sigrid Metz-Göckel verknüpfte seit 1976 den Aufbau eines Hochschuldidaktischen Zentrums an der Universität Dortmund mit Fragen nach Frauen und Frauenthemen in der Hochschule. So lud sie im Wintersemester 1979 unter dem Titel „Frauen als Lehrende und Lernende an der Hochschule" Wissenschaftlerinnen aus Nordrhein-Westfalen zu einem Treffen ein. Die Adressen potenzieller Teilnehmerinnen hatte sie aus den Vorlesungsverzeichnissen der

Zentrum für Europäische Geschlechterstudien (ZEUGS) – Universität Münster

Seit November 2011 gibt es das Zentrum für Europäische Geschlechterforschung (ZEUGS) am Fachbereich 6 Erziehungs- und Sozialwissenschaften der Westfälischen Wilhelms-Universität. Mit dem Zusammenschluss zwischen dem Institut für Politikwissenschaft, dem Institut für Erziehungswissenschaften und dem Institut für Soziologie wurde eine in Deutschland einmalige Plattform geschaffen, um die Geschlechterforschung interdisziplinär zu gestalten und (insbesondere auf europäischer) Ebene international auszurichten. Das ZEUGS versteht sich als Forum der theoretischen und empirischen Grundlagenforschung zu Entstehung und Entwicklung demokratischer Geschlechterverhältnisse. Sein übergreifendes Ziel ist es, die Verfassung und Grundlagen gesellschaftlicher Geschlechterverhältnisse und deren Verfestigung in Form institutioneller Geschlechterordnungen bezogen auf Fakultätsgrenzen überschreitende Themen zu untersuchen.

Gründerinnen
Prof.'in Dr. Gabriele Wilde
Institut für Politikwissenschaft
Prof.'in Dr. Annette Zimmer
Institut für Politikwissenschaft
Prof.'in Dr. Karin Böllert
Institut für Erziehungswissenschaft
Dr. Katrin Späte
Institut für Soziologie

Assoziierte Mitglieder
Prof.'in Dr. Stefanie Ernst
Institut für Soziologie
Prof.'in Dr. Elisabeth Timm
Seminar für Volkskunde/ Europäische Ethnologie
Katharina Obuch, M. A. V
Institut für Politikwissenschaft

Forschungsprojekte
Forschungsansatz: Bürgerschaftlicher Konstitutionalismus. Verfassung und Grundlagen demokratischer Geschlechterverhältnisse in Europa
Der Forschungsansatz zielt darauf ab, das Fortbestehen sowie den Wandel von Geschlechteridentitäten, Kulturen und sozialen Handlungsgefügen in den europäischen Gesellschaften sowohl in Reaktion auf die Institutionalisierung neuer Herrschaftsverhältnisse als auch in ihrer Festschreibung durch neue Formen des Regierens zu analysieren.

Forschungsschwerpunkt I: Geschlechterverhältnisse in autoritären Systemen
Vor dem Hintergrund einer Erweiterung der Autokratieforschung unter dem Aspekt von Geschlecht zielt der Forschungsschwerpunkt auf die systematische Analyse des Zusammenhangs zwischen Autokratien und der Festschreibung sowie Konstituierung von Geschlechterverhältnissen als gesellschaftlichen Machtverhältnissen in theoretischer wie auch empirischer Hinsicht.

Forschungsschwerpunkt II: Arbeit und Geschlecht. Die Transformation gesellschaftlicher Geschlechterverhältnisse durch Prozesse von Globalisierung, Europäisierung und Neoliberalisierung
Das Erkenntnisinteresse des Forschungsprojekts richtet sich vor allem auf die Effekte der Restrukturierung der Erwerbsarbeit, Reproduktion, internationalen und geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung sowie die damit einhergehenden sozialen Paradigmen und politischen Kompromisse für die Situationen von Frauen auf dem europäischen Arbeitsmarkt.

Kontakt und Information
Zentrum für Europäische Geschlechterstudien (ZEUGS)
c/o Prof. 'in Dr. Gabriele Wilde
Institut für Politikwissenschaft
Scharnhorststraße 100
48151 Münster
Fax: (0251) 83-25131
zeugs@uni-muenster.de
www.uni-muenster.de/ZEUGS

Landesuniversitäten ermittelt. Ihre Analyse im Anschreiben lautete: „Frauen sind an der Hochschule als Lehrende immer noch vereinzelt, aber ihre besonderen Erfahrungen sind allgemein."[34] Mehr als 70 Frauen kamen nach Dortmund. Nach anfänglichem Zögern machten sie ihre Isoliertheit und ihre spezifischen Diskriminierungserfahrungen im Wissenschaftssystem zum Thema. Anne Schlüter, die als wissenschaftliche Mitarbeiterin mit einer befristeten Stelle an dem allerersten Treffen im Hochschuldidaktischen Zentrum der Universität Dortmund teilnahm, erinnerte sich 2011: „Ich kann mich auch noch recht gut an die erste Vorstellungsrunde erinnern, wo dann alle gesagt haben, in welcher Hochschule sie arbeiten und wie es ihnen geht. Und die ersten zehn haben immer gesagt, ja, mir geht es ganz toll und so. Dann habe ich gesagt, das sehe ich aber nicht so! Ich werde nicht gefördert von meinem Chef (…). Ich bin überhaupt nicht präsent in seiner Wahrnehmung als wissenschaftlicher Nachwuchs (…). Und dann gab es einen Ruck, dass nach mir auch andere diese Erfahrungen geschildert haben. Dann war der Bann gebrochen, dass gesagt werden konnte: Wir haben zwar Stellen, Zeitverträge, aber wie es uns damit geht, was wir alles managen müssen, das wird nie zum Thema (…). Die meisten Klagen lauteten immer: Ich werde überhaupt nicht wahrgenommen, ich bekomme keine Anerkennung für meine Arbeit, ich komme nicht weiter (…). Das förderte die Angst, nach Auslaufen der Stellen nicht mehr bleiben zu können …".[35]

Bei diesem Treffen wurden eigene Erfahrungen bei anderen wiedergefunden. Zu einer aktiven politischen Energiequelle wurden sie, als sie als Forderung nach Frauenförderung und der Förderung von Wissenschaft im Interesse von Frauen eine überindividuelle Bedeutung erhielten. Mit der Konstituierung eines Arbeitskreises schufen die Akteurinnen einen erkennbaren Ort, mit der Konzentration auf Wissenschaft und Hochschule identifizierten sie eine klar definierte Reibungsfläche. Durch unterschiedliche Partizipationsmöglichkeiten, Aktionsfelder und -formen knüpften sie eine kreative Verbindung von Spontaneität und Dauer.

Rund 20 Frauen schlossen sich im Januar 1980 zu einem Arbeitskreis zusammen, der schnell auf einen rund 40-köpfigen festen Stamm von Aktiven und vielen Interessierten anwuchs. Sie deckten hinsichtlich der disziplinären Heimat, des beruflichen Status, der politischen Zugehörigkeit, der regionalen Herkunft und des wissenschaftlichen Erkenntnisinteresses ein breites Spektrum ab. Sie verstanden sich, ganz im Sinne des zeitspezifischen frauenbewegten Selbstverständnisses, als nicht hierarchische, basisdemokratische Gruppe.[36]

Alle Initiatorinnen konnten auf eine mehr oder weniger lange Erfahrung in der universitären und autonomen feministischen Bildungsbewegung verweisen: „Wir machten bei der Berliner Sommeruniversität, auf der 1976 Frauen aus ganz Deutschland über feministische Wissenschaft erstmals diskutierten, von Anfang an mit (…). Wir verfolgten die Planung des Frauenstudien- und Forschungsbereichs an der Freien Universität Berlin und den Konflikt mit dem FFBIZ, dem an die Wand gedrängten Frauenforschungs-, -bildungs- und -informationszentrum. Die Sozialwissenschaftlerinnen unter uns waren 1977 bei der Gründung der Sektion Frauenforschung in den Sozialwissenschaften in der DGS (Deutsche Gesellschaft für Soziologie) dabei oder distanzierten sich 1978 mit der Gründung des Vereins ‚Sozialwissenschaftliche Forschung und Praxis von Frauen' (…). Wir unterstützten die Bielefelder Frauen bei der Errichtung eines Universitätsschwerpunktes Frauenforschung an der Universität Bielefeld. Immer ging es um die Behauptung legitimer Fraueninteressen und -auffassungen von Wissenschaft", so die Aachener Anglistin Theresia Sauter-Bailliet.[37] Sie positionierte damit den Arbeitskreis in den feministischen Bildungsbewegungen seit den 1970er Jahren und stellte dessen doppelte, aufeinander verwiesene Zielsetzung heraus: gegen die Benachteiligung von Frauen im Wissenschaftsbetrieb organisiert und öffentlich vorzugehen sowie sich für den Ausbau von Frauenforschung einzusetzen.

In der Folgezeit entwickelte dieser AK Wissenschaftlerinnen NRW politische Forderungen und eine sehr professionelle Öffentlichkeitsarbeit mit medienwirksamen Auftritten. Dazu arbeiteten sich die Aktivistinnen zunehmend in das hochkomplexe Feld der Wissenschaftspolitik ein, entwickelten eigene Forschungsmethoden, um Diskriminierungen von Frauen im Hochschulbereich messbar zu machen. Seit 1980 pflegten sie einen Austausch mit Ministerien, mit gewerkschaftlichen, partei-, verbands- und landespolitischen, berufsständischen und frauenbewegten Öffentlichkeiten.

Die Frauen im AK führten Workshops und Symposien durch, stellten sich gegenseitig ihre Forschungen vor und stärkten sich gegenseitig in persönlichen Krisen sowie hochschulpolitischen Auseinandersetzungen in Fachbereichen und Universitäten vor Ort.[38]

So auch, als es in Bielefeld höchst nervenaufreibend und kontrovers um die Erweiterung der „Geschäftsstelle Frauenforschung" zum „Universitätsschwerpunkt Frauenforschung" ging, eine letztlich erfolgreiche Auseinandersetzung, mit der die Institutionalisierung von Frauenforschung in NRW begann. Das „Interdisziplinäre Zentrum für Frauen- und Geschlechterforschung" an der

Universität Bielefeld gilt damit als älteste Einrichtung des heute als Gender Studies firmierenden Forschungsfeldes in NRW. Die damalige Leiterin der Geschäftsstelle Frauenforschung – Monika Oubaid – gehörte zum aktiven Energiefeld des AK Wissenschaftlerinnen.

Ein Dokument, das heutige Vorstellungen von einer Stufenentwicklung ins Wanken zu bringen vermag sowie die Einschätzung vom „Veralten der Frauenforschung" (Irene Dölling) inhaltlich und als Diskursstrategie fragwürdig werden lässt, stellt das 1980 vom AK Wissenschaftlerinnen publizierte Memorandum I dar. Die weitsichtigen Autorinnen hatten darin auf Grundlage ihrer eigenen Analysen zu geschlechtlicher Arbeitsteilung zum großen Wurf ausgeholt – zwei ihrer Positionen enthielten geradezu visionäre Dimensionen: So sollten die Forderungen zur Abschaffung der familienfeindlichen Arbeits- und Qualifizierungsbedingungen an Universitäten auch für Männer in vergleichbarer Situation gelten. Sie zielten somit auf konkrete Veränderungen im Zusammenleben von Frauen und Männern. Sie verstanden sich radikal politisch, weil sie auch Männern Zuständigkeit für Kinder, Familie und Reproduktionsarbeit zuschrieben. Die Forderung nach einer 50-Prozent-Quote für Frauen beinhaltete im Jahre 1980 ebenfalls Zündstoff. Zu diesem Zeitpunkt wurde Quotierung in den Parteien – außer bei den Grünen –, in den Gewerkschaften und öffentlich-rechtlichen Anstalten als gesetzeswidrig, vor allem als mit der Verfassung nicht vereinbar interpretiert, da sie vermeintlich Frauen privilegierte und Männer diskriminierte.[39] Für die Akteurinnen hingegen rüttelte sie an der Machtfrage in der Wissenschaft und fungierte als Gegenargument zu einer sich quasi naturwüchsig als Automatismus verwirklichenden Gleichberechtigungspolitik.

Die Quotierungsforderung wurde in der alten Bundesrepublik zuerst 1977 mit Blick auf Lohndiskriminierung erhoben,[40] dann von Claudia Pinl in einem Aufsatz von 1979 konkretisiert und vor allem von der Juristin Heide Pfarr in die breitere Öffentlichkeit hineingetragen.[41] Nun entwickelten sie die Wissenschaftlerinnen als Instrument zur Frauenförderung an der Hochschule weiter. „Frauenförderung" galt gerade dort als besonders heißes Eisen, weil sie speziell als nicht vereinbar mit der Sicherung der Hochschulautonomie angesehen wurde, welche die Hochschulen auf rechtlichem Gebiet, bei Finanzen, Personal und Organisation vor staatlichen Einflussnahmen schützen sollte – nach dem Nationalsozialismus ein durchaus starkes Rechtsgut für Wissenschaftspolitik.

Die Autorinnen des Memorandums reagierten 1980 auf die immer wieder variantenreich vorgetragene Abwehr, Frauenförderung sei eine „tödliche Bewährungsprobe"[42] für die Hochschulautonomie, mit einer bewussten Trennung ihrer Forderungen: einmal nach der Förderung von Frauen –, die moderiert und kontrolliert werden sollte von Frauenbeauftragten, – und einmal nach der Förderung von Frauenforschung, die sich politisch mit einem unzulänglichen Wissensstand legitimieren ließ. Die hochschulpolitische Frauenbewegung differenzierte sich in der Folge aus. Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte arbeiteten für die Durchsetzung der Gleichstellung von Frauen und Männern. Wissenschaftlerinnen entwickelten empirisch, methodisch und theoretisch das Feld der Frauenforschung weiter.

1985 beschäftigte sich zum ersten Mal eine Regierungserklärung in NRW mit Frauen in Forschung und Lehre. Das beharrliche Intervenieren von autonomer Frauenbewegung und Frauen in Parteien, Verbänden, Gewerkschaften, Kirchen machte sich im Regierungshandeln bemerkbar. Zudem wurde Anke Brunn als Wissenschaftsministerin berufen, die seit den 1970er Jahren mit Forderungen nach „Auflösung der tradierten sozialen Geschlechtsrollen" zur Politisierung der SPD-Frauen und zum Austausch mit der außerparlamentarischen Frauenbewegung beigetragen hatte. Sie versetzte allerdings übereilten Hoffnungen der hochschulpolitischen Frauenbewegung erste Dämpfer, denn auch sie war in ihrem politischen Handeln an die Hochschulautonomie, das Gleichheits- und Qualitätsgebot sowie beamtenrechtliche Grundsätzen gebunden. Doch war sie bereit und durch die Regierungserklärung auch verpflichtet, all ihre ministerielle Macht im Hochschulbereich auszuschöpfen. Als sie in mehreren Berufungsverfahren erfahren musste, wie trotz ministerieller Erlasse und Selbstverpflichtungen von Fakultäten immer wieder Mechanismen variiert wurden, um Frauen und Frauenforschung die von der Qualität her gebotenen Positionen zu verwehren, griff Anke Brunn Ideen der hochschulpolitischen Frauenbewegung auf.

Sie wollte sich nicht mehr mit ihrem Projekt der Förderung von Frauen und Frauenforschung in konfliktträchtigen Einzelfallregelungen zerreiben lassen. Sie benötigte ein stimmiges Konzept, das dem Anspruch der Landesregierung Ausdruck verlieh und sich in Fach- wie Medienöffentlichkeiten hinein vermitteln ließ. Dieses durfte die auf Autonomie bedachten Hochschulen nicht zusätzlich gegen sich aufbringen und weder den Eindruck hinterlassen, das Prinzip der Bestenauslese auszuhöhlen, noch den, in die Forschungs- und Lehrfreiheit einzugreifen. Sie startete deshalb mit drei Berufungen das Netzwerk Frauenforschung – seit 2010 Netzwerk Frauen- und Geschlechterforschung genannt.[43] Gleichzeitig bezog sie sich auf

Interdisziplinäres Genderkompetenzzentrum in den Sportwissenschaften (IGiS) – Deutsche Sporthochschule Köln

Das Interdisziplinäre Genderkompetenzzentrum in den Sportwissenschaften ist eine zentrale wissenschaftliche Einrichtung der DSHS Köln. Hauptanliegen des IGiS ist es, die institutsübergreifende Kooperation auf dem Gebiet der Geschlechterforschung zu intensivieren sowie innovative, multi- und interdisziplinäre Forschung hinsichtlich geschlechtsbezogener Fragestellungen zum Bewegungs- und Gesundheitsverhalten durchzuführen. Das IGiS fokussiert in der Kooperation von Sportmedizin, -soziologie und -psychologie das Forschungsfeld „Bewegungs- und Gesundheitsverhalten im Lebenslauf", das aus der Geschlechterperspektive bislang nur unzureichend bearbeitet wurde.

Mitglieder

Institut für Bewegungs- und Neurowissenschaften, Abt. Bewegungs- und Gesundheitsförderung
Prof. apl. Dr. Dr. Christine Graf
Dr. Helge Knigge

Institut für Kreislaufforschung und Sportmedizin
Prof. apl. Dr. Birna Bjarnason-Wehrens *(Abt. für präventive und rehabilitative Sport- und Leistungsmedizin)*
Prof. apl. Dr. Klara Brixius *(Abt. für molekulare und zelluläre Sportmedizin)*

Psychologisches Institut, Abt. Gesundheit & Sozialpsychologie
Univ.-Prof. Dr. Jens Kleinert

Institut für Sportsoziologie, Abt. Geschlechterforschung
Univ.-Prof. Dr. Ilse Hartmann-Tews *(Sprecherin IGiS)*
Dr. Bettina Rulofs
Dr. Claudia Combrink *(Stabstelle für Qualitätssicherung und Lehrorganisation)*
Dipl. Soz. Päd. Diana Emberger

Projekte/Kooperationen (Auswahl)
- Relevanz von Geschlecht in der sportmedizinischen Forschung (GenMed)
- Physische Eignungsfeststellung für die Berufsfeuerwehr in Deutschland – Analyse, Konzeption und Erprobung von geschlechterneutralen Testverfahren

Anschrift
Deutsche Sporthochschule Köln
Interdisziplinäres Genderkompetenzzentrum in den Sportwissenschaften
z. Hd. Dipl. Soz. Päd. Diana Emberger
Am Sportpark Müngersdorf 6
50933 Köln
d.emberger@dshs-koeln.de
www.dshs-koeln.de/igis

den inhaltlichen, methodischen, theoretischen Innovationsgehalt der Frauenforschung, um diese als Wissenschaftsreform zu vermitteln und zu fördern. Die Verdichtung zu „Frauenforschung" ermöglichte es ihr, angesichts des nachweisbaren Mangels an wissenschaftlich erarbeitetem Wissen über Leben und Arbeit von Frauen in der Gesellschaft die Förderung von Forschung in diesem defizitären Bereich *systemimmanent* mit dem Innovationspotenzial und einer Qualitätssteigerung von Wissenschaften politisch zu begründen.
Dazu initiierte sie eine Erhebung aller Frauenforschungsprojekte im Lande, die 1988 publiziert wurde. Die in der Erhebung verzeichneten 217 Projekte verfolgten vielfältige Herangehensweisen zu weiblichen Lebenszusammenhängen und Geschlechterverhältnissen. In einer ausführlichen Einleitung umriss Anne Schlüter unter der Überschrift „Was ist Frauenforschung?" dieses unabgeschlossene Forschungsfeld. Sie lieferte damit einen Schlüsselartikel zum Verwissenschaftlichungsprozess der Frauenforschung, der von dem Duktus getragen wird, angesichts erwünschter Institutionalisierung als kritische Wissenschaftlerinnen die Definitionsmacht über fundierte Frauenforschung in den eigenen Händen zu halten. Die Kernaussage des Einleitungsaufsatzes lautete: „Zündstoff ist das Geschlechterverhältnis". „Nicht nur, daß die Geschlechtszugehörigkeit zu einer grundlegenden Kategorie der Analyse gesellschaftlicher Strukturen und Prozesse wird, ebenso wichtig ist die Erweiterung der Kategorien ‚Kapitalismus', ‚Klasse', ‚Schicht', ‚Rasse' vor dem Hintergrund des Geschlechterverhältnis."[44] Hier waren die heute unter „Intersektionalität" verhandelten Fragestellungen bereits präsent. Auch dieser Artikel lässt sich somit als Argument anführen gegen eine lineare Entwicklung des Forschungsfeldes als vollendende Fortschrittsbewegung von der Frauen-, über die Geschlechter- hin zur Genderforschung.
Die Wissenschaftsministerin Anke Brunn kam angesichts der Erhebung zu dem Schluss: „Wir haben eine bemerkenswerte Innovationsfähigkeit in einigen Fächern, etwa in den Bereichen Umweltforschung und Frauenforschung. (…) In den Anfängen musste die Frauenforschung oft dornige Wege gehen. Es galt, ein neues Feld abzustecken und neue Fragen aufzuwerfen. Es galt, sich eine Schneise durch Gebiete zu schlagen, die fest in der Hand der etablierten Wissenschaften lagen. Die Frauenforscherinnen haben wenig, oft gar keine Unterstützung bekommen, weder finanziell noch ideell. Ich wollte nicht behaupten, dass man ihnen Steine in den Weg gelegt hat – aber Blüten hat niemand gestreut. (…) Ohne die entsprechende Publizität hat Frauenforschung in der öffentlichen Meinung nicht den Platz, der ihr zukommen muss. Hier kann Wissenschaftspolitik Akzente setzen, kann Interessantes hervorheben, kann dazu beitragen, Frauenforschung stadtfein zu machen."[45]
Die Ministerin meinte damit nichts anderes, als dass es landespolitischer Wissenschaftspolitik gut zu Gesicht stand, sich mit einer so kreativen, fruchtbaren und innovativen Forschung sehen zu lassen. Sie förderte sie als wissenschaftliche Erneuerung durch die Bereitstellung von finanziellen Mitteln, durch Berufungen mit frauenforschungsbezogenen Denominationen sowie durch Bereitstellung von finanziellen Ressourcen für Vernetzungsaktivitäten zum Netzwerk Frauenforschung.
„Frauenforschung" ist in dieser historischen Perspektive ein Diskurs, der gesamtgesellschaftliche

Orientierungsbedürfnisse mit wissenschaftlichem Innovationspotenzial verband. In den 1980er Jahren hielt er durch Frauenbewegungen nicht nur die Motivation wach, sondern er war gleichermaßen ein strategischer Begriff, um Wissenschaftsreform in thematischer, methodischer, theoretischer Hinsicht anzuzeigen.

In dieser Sicht ist „Frauenforschung" nicht mehr ein Konzept, das wissenschaftliches Fragen auf „Frauen" beschränkt und deshalb überwunden werden muss. Sie ist eine Repräsentation – eine Vor- und Darstellung[46] – zeitspezifischer Widersprüche und Orientierungsbedürfnisse, die wiederum soziales Geschehen erzeugte. Sie ist Ausdruck und Inhalt von vielfältigen Praktiken, die auf eine geschlechterdemokratische Veränderung der Gesellschaft zielten.

Der historisch argumentierende Verweis auf zeitspezifische Konfigurationen sollte an dieser Stelle Gewissheiten aufbrechen,[47] in denen wir uns eingerichtet haben. Er sollte daran erinnern, dass sich theoretische Konzepte kaum in linearer Fortschrittsperspektive entwickeln, sondern dass sie sich auch institutioneller, politischer Kontexte verdanken, die sich wiederum in Form und Inhalt einschreiben. Der kleine historische Exkurs versteht sich als Anregung, sich von einer linearen Erzählanordnung zu verabschieden und unterschiedliche Perspektiven als Bewegungskategorien auszuprobieren, um gegenüber den divergierenden inhaltlichen, theoretischen, akademischen, politischen, strategischen Einsätzen sensibel zu werden, die die Suchbewegungen von geschlechterbezogenem Wissen durchziehen.

Quellenverzeichnis

1 Vgl. Luhmann, Niklas in: WissenschaftlerinnenInfo Nr. 9 (1988), S. 86–90, hier S. 87.

2 Inspiriert wurde diese These von einer Auseinandersetzung mit Hark, Sabine, Dissidente Partizipation. Eine Diskursgeschichte des Feminismus, Frankfurt a. M. 2005.

3 Vgl. dazu die Schwerpunktsetzung der 2014 an der Universität Paderborn stattfindenden Jahrestagung der Fachgesellschaft Gender, www.fg-gender.de/jahrestagung-verletzbarkeiten/2014-erkentnis-wissen-interventionen (Zugriff: 10.04.2013).

4 Daniel, Ute, Kompendium Kulturgeschichte, Frankfurt a. M. 2001, S. 15.

5 Vgl. Schmidt, Uta, Das Netzwerk Frauenforschung NRW. Geschichte und Gegenwart einer Wissenschaftsinstitution, Essen 2012.

6 Vgl. www.uni-bielefeld.de/IFF/ (Zugriff 04.05.2012).

7 Interview mit Ursula Müller am 02.11.2011.

8 Redaktion Brigitte/Metz-Göckel, Sigrid/Müller, Ursula, Der Mann. Eine repräsentative Untersuchung über die Lebenssituation und das Frauenbild 20- bis 50-jähriger Männer im Auftrag der Zeitschrift Brigitte, Hamburg 1985.

9 Pross, Helge, Die Männer: eine repräsentative Untersuchung über die Selbstbilder von Männern und ihre Bilder von der Frau, Reinbek bei Hamburg 1978.

10 Die hier angeführten Beispiele stammen, dem Arbeitsgebiet der Autorin entsprechend, aus einem historisch-kulturwissenschaftlichen Kontext. Im November 2012 zeigte die an der Universität Paderborn durchgeführte Tagung „40 Jahre feministische Debatten" allerdings, wie produktiv gerade diese Arbeiten bis heute geblieben sind.

11 Vgl. Hausen, Karin, Die Polarisierung der ‚Geschlechtscharaktere'. Eine Spiegelung der Dissoziation von Erwerbs- und Familienleben, in: Conze, Werner (Hg.), Sozialgeschichte der Familie in der Neuzeit Europas. Neuere Forschungen, Stuttgart 1976, S. 363–393, erneut erschienen in: Hausen, Karin, Geschlechtergeschichte als Gesellschaftsgeschichte. Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, Bd. 202, Göttingen 2012, S. 19–49.

12 Janssen-Jurreit, Marielouise, Sexismus. Über die Abtreibung der Frauenfrage, Frankfurt a. M. 1976, S. 53.

13 Nagl-Docekal, Herta, Für eine geschlechtergeschichtliche Perspektivierung der Historiographiegeschichte, in: Küttler, Wolfgang/Rüsen, Jörn/Schulin, Ernst (Hg.), Geschichtsdiskurs. Band I: Grundlagen und Methoden der Historiographiegeschichte, Frankfurt a. M. 1993, S. 233–256, hier S. 235.

14 Vgl. Bock, Gisela/Duden, Barbara, Arbeit aus Liebe – Liebe als Arbeit: zur Entstehung der Hausarbeit im Kapitalismus, in: Gruppe Berliner Dozentinnen (Hg.) I: Frauen und Wissenschaft. Beiträge zur 1. Sommeruniversität für Frauen, Berlin 1977, S. 118–199.

15 Die Zuspitzung paraphrasiert hier Nagl-Docekal, Für eine geschlechtergeschichtliche Perspektivierung, a. a. O., S. 238 und 240f.

16 Vgl. Kuhn, Annette, Wohin geht die Frauengeschichte?, in: Schlüter, Anne/Stahr, Ingeborg (Hg.), Wohin geht die Frauenforschung?, Köln/Wien 1990, S. 197–205, besonders S. 200. Auch Gisela Bock entging bei ihrer akademischen Positionierung nicht der linearen Fortschrittserzählung, als sie für die Fachzeitschrift „Geschichte und Gesellschaft" „Geschichte, Frauengeschichte, Geschlechtergeschichte" reihte und die „Geschlechtergeschichte" als „Krönung" (Annette Kuhn) der bisherigen Bemühungen um eine neue Geschichtswissenschaft exponierte, als eine „Steigerung der Frauengeschichte" (Kuhn ebd.).

[17] Vgl. Lenz, Ilse (Hg.), Die Neue Frauenbewegung in Deutschland, Wiesbaden 2008.
[18] Vgl. Kuhn, Annette/Pitzen, Marianne/Hochgeschurz, Marianne (Hg.), Politeia. Szenarien aus der deutschen Geschichte nach 1945 aus Frauensicht, Bonn 1997.
[19] Vgl. Sachse, Carola, Der Hausarbeitstag. Gerechtigkeit und Gleichberechtigung in Ost und West 1939–1994, Göttingen 2002.
[20] Vgl. Schmidt, Uta, „Das Problem heißt Schlüsselkind". Die Schlüsselkinderzählung als geschlechterpolitische Inszenierung im Kalten Krieg, in: Lindenberger, Thomas (Hg.), Massenmedien im Kalten Krieg, S. 171–202.
[21] Drucksache V/909 des Deutschen Bundestages.
[22] Vgl. Mülhauer-Braun, Eva, Die Frauen-Enquete – Bestandaufnahme als Leitbild, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, Vol. 19 (1968), H. 7, S. 401–409.
[23] Vgl. www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/serien/23690862_enquete_serie/21987896_kw32_enquete1/ (Zugriff 09.05.2013).
[24] Vgl. ebd.
[25] Vgl. ebd.
[26] Vgl. Rupprecht, Walter, Der Dienst der Theologin – eine ungelöste Frage in der evangelischen Kirche, Stuttgart 1965.
[27] Vgl. Heinzelmann, Gertrud, Wir schweigen nicht länger, Zürich 1964; Meer, Haye van der, Priestertum der Frau? Eine Theologiegeschichte, Freiburg i. Br. u. a. 1969; Müller, Iris/Raming, Ida, Unser Leben im Einsatz für Menschenrechte der Frauen in der römisch-katholischen Kirche: Lebensberichte – Hintergründe – Dokumente – Ausblick, Berlin u. a. 2007.
[28] Vgl. Lenz, Die Neue Frauenbewegung, a. a. O., S. 72.
[29] Vgl. Daniel, Ute, Kompendium Kulturgeschichte, a. a. O., S. 15.
[30] Vgl. Kuhn, Annette, Kopfgeburten reichen nicht. Frauen in der Wissenschaft, in: Soden, Christine von, Der große Unterschied. Die neue Frauenbewegung und die siebziger Jahre, Berlin 1988, S. 80–86, hier S. 83.
[31] Vgl. Hausen, Karin, Warum Männer Frauen zur Wissenschaft nicht zulassen wollten, in: Hausen, Karin/Novotny, Helga (Hg.), Wie männlich ist die Wissenschaft? Frankfurt a. M. 1986, S. 31–40.
[32] Vgl. Hausen, Karin, Strittige Gleichberechtigung: Studentinnen an deutschen Universitäten seit Herbst 1945, in: Themenportal Europäische Geschichte, www.europa.clio-online.de/2006/Article=1117 (Zugriff 12.01.2012).
[33] Stimmen aus Bimmer, Brigitte, Zum Selbst- und Fremdbild von Wissenschaftlerinnen. Erste Teilergebnisse einer empirischen Studie, in: Bock, Ulla/Braszeit, Anne/Schmerl, Christiane (Hg.), Frauen an den Universitäten. Zur Situation von Studentinnen und Hochschullehrerinnen in der männlichen Wissenschaftshierarchie, Frankfurt a. M./New York 1983, S. 153–169, hier S. 159f.
[34] Zit. nach de Jong, Jutta/Schlüter, Anne, Weib und Wissenschaft im Widerspruch, in: Schlüter, Anne/Roloff, Christine/Kreienbaum, Maria Anna (Hg.), Was eine Frau umtreibt. Frauenbewegung – Frauenforschung – Frauenpolitik, Pfaffenweiler 1990, S. 13–26, hier S. 14.
[35] Interview mit Anne Schlüter in Essen am 24.08.2011.
[36] Zur Geschichte dieses Arbeitskreises vgl. Omran, Susanne, Bewegung im historischen Wandel, Pfaffenweiler 1995; Metz-Göckel, Sigrid, Bewegte Politik – fünfundzwanzig Jahre feministischer Frauenhochschulpolitik des Arbeitskreises Wissenschaftlerinnen NRW, in: Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis, H. 66/67, S. 87–102.
[37] Sauter-Bailliet, Theresia, in: Wissenschaftlerinnen-Info 2 (1982), S. 1–18, hier S. 7.
[38] Vgl. Wissenschaftlerinnen-Info, passim.
[39] Vgl. Lang, Regina, Frauenquoten, Bonn 1996.
[40] Initiativgruppe gegen Frauenarbeitslosigkeit: „Jeder zweite Arbeitsplatz", in: Courage 1977, S. 28–29, hier zit. nach Lenz, Die neue Frauenbewegung, a. a. O., S. 153.
[41] In Janssen-Jurreit 1979, zit. nach Lenz 2008, S. 153.
[42] Luhmann in Wissenschaftlerinnen-Info, Nr. 9, S. 87.
[43] Zur Geschichte dieses Netzwerks bis 2012 vgl. Schmidt, Uta C., Das Netzwerk Frauenforschung NRW, a. a. O.
[44] Schlüter, Anne, Einleitung, in: Schlüter, Anne, Forschung in Nordrhein-Westfalen. Frauenforschung – Dokumentation, Düsseldorf 1987, S. 5.
[45] Rede der Ministerin Anke Brunn über „Hochschulpolitik in NRW", 23.06.1989, in: LA NRW Abg. Rhl. N 683 Nr. 518, S. 4ff.
[46] Zum Konzept der Repräsentation vgl. Chartier, Roger, Die unvollendete Vergangenheit, Berlin 1989, S. 7–19.
[47] Chartier, Roger in: Bourdieu, Pierre/Chartier, Roger, Der Soziologe und der Historiker, Wien/Berlin 2011, S. 28.

Kontakt und Information
Dr. Uta C. Schmidt
utac.schmidt@t-online.de

DuEPublico

Duisburg-Essen Publications online

UNIVERSITÄT DUISBURG ESSEN

Offen im Denken

ub | universitäts bibliothek

Dieser Text wird über DuEPublico, dem Dokumenten- und Publikationsserver der Universität Duisburg-Essen, zur Verfügung gestellt. Die hier veröffentlichte Version der E-Publikation kann von einer eventuell ebenfalls veröffentlichten Verlagsversion abweichen.

DOI: 10.17185/duepublico/72581
URN: urn:nbn:de:hbz:464-20200807-125743-7

Dieses Werk kann unter einer Creative Commons Namensnennung 4.0 Lizenz (CC BY 4.0) genutzt werden.